

13. Chancengleichheit auch beim Mensa-Besuch

Postulat Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil) vom 25. Mai 2020

KR-Nr. 169/2020, RRB-Nr. 809/26. August 2020 (Stellungnahme)

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 26. August 2020 bekannt gegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden): Chancengleichheit in der Bildung ist zentral und beschränkt sich nicht nur auf das Klassenzimmer. Das Prinzip der Chancengleichheit gilt auch für die Kosten, die durch den Schulbesuch entstehen und dadurch auch in der schuleigenen Mensa. Damit die Schülerinnen und Schüler leistungsfähig sind, brauchen sie gesunde, ausgewogene Nahrung und ein ausreichendes Angebot an vielfältigen Menüs. Das Essen aus der Mensa sollen sich alle leisten können.

Vorgängig zu unserem Postulat haben wir zu Beginn 2020 eine Anfrage zum Thema Verpflegungskosten eingereicht und darauf aufmerksam gemacht, dass es einen grossen preislichen Unterschied für die Verpflegung in den Mensen der verschiedenen Kantonsschulen gibt. So mussten Schülerinnen und Schüler an der Kantonsschule Limmattal bis zu 460 Franken pro Jahr mehr für die Verpflegung in der Mensa bezahlen als die Schülerinnen und Schüler am Rämibühl. Die Beantwortung unserer Anfrage hat uns dann angespornt, das heute zu behandelnde Postulat einzureichen und verbindlich zu fordern, dass die Preise vereinheitlicht, also auch noch vergünstigt werden und Standards für die nachhaltige und ökologische Verpflegung eingeführt werden sollen. Wir erhielten zur Antwort, dass die Harmonisierung der Verpflegungspreise gegenwärtig in Arbeit sei und die Umsetzung der Massnahme AR₅ im Massnahmenplan zur Verminderung der Treibhausgase zu einheitlichen Standards für eine nachhaltige und ökologische Verpflegung in den Mensen der Sekundarstufe II führen wird. Deshalb sind wir erfreut, dass zwei Jahre nach Einreichen unseres Postulats die Preise der hauseigenen Verpflegung der Kantonsschulen in der Zwischenzeit harmonisiert worden sind. Auch bieten alle Schulen jeden Tag nachhaltige Verpflegung und eine vegetarische Option an. Dieses Thema wird auch in Postulat 92/2021 aufgenommen und dort werden genauere Forderungen für die Verwendung von nachhaltigen Lebensmitteln und den verantwortungsvollen Einsatz von tierischen Produkten gestellt, noch einmal ausdrücklicher als in unserem Postulat. Wir hoffen sehr, dass dieses Postulat, also 92/2021, schneller behandelt wird als unseres und ziehen das hier heute zu behandelnde Postulat deshalb zurück. Vielen Dank.

Ratspräsident Benno Scherrer: Michèle Dünki-Bättig hat das Postulat zurückgezogen. Wird das Wort dennoch weiter gewünscht?

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Hier muss trotzdem etwas gesagt werden, auch wenn Michèle Dünki das Postulat zurückzieht. Denn das Wort «Chancengleichheit» muss schon überall den Kopf hinhalten. Es ist ein ewig gestriger und ausgelutschter Begriff und wird durch die gewerkschaftlich und JUSO-untergrabene SP bewirtschaftet. Vielleicht sollten Sie sich um die aktuellen und realen Probleme kümmern. Wir haben aktuell ganz andere Probleme. Aber auch hier an die SP: Willkommen im 21. Jahrhundert. Zudem ist jeder Mensch frei, was er oder sie essen will, ob dies nun vegetarisch, vegan oder omnivor ist, ist egal. Es darf doch nicht sein, dass der Staat immer vorschreibt, was zu essen ist und was nicht. Mit diesem Postulat wollte die Linke noch weiter bestimmen, wie wir zu leben haben. Stoppt diesen Unsinn und lasst uns essen und trinken, was wir wollen. Anstelle von Chancengleichheit sollte die Linke einmal die Begriffe «Freiheit» und «Eigenverantwortung» in ihr Repertoire aufnehmen. Lassen wir uns nicht in den sozialistischen, kommunistischen Abgrund ziehen und George Orwell (*englischer Schriftsteller*) recht geben: Alle sind gleich, nur die SP ist gleicher. Und wer nicht in der Mensa essen will, kann etwas von zu Hause mitnehmen oder sich bei den vielen Fastfood-Shops verköstigen. Den veränderten Bedürfnissen und Anforderungen an die Verpflegung in Sachen Qualität und Nachhaltigkeit haben die meisten Anbieter – Restaurants auch – bereits Rechnung getragen. Die Mensa-Menüs sind gegenüber Restaurants schon sehr günstig. Wir wissen nicht, weshalb die SP immer noch mehr gratis haben möchte. Wir wissen, dass der Staat für das alles aufkommen soll. Wir vermuten, dass die SP-ler zu wenig verdienen. Oder können sie vielleicht nicht kochen? Vielleicht müsste man in Erinnerung rufen, dass Qualität und Nachhaltigkeit einen Preis haben. Es hat ein Preisschild, Frau Dünki, und dem muss man also auch Rechnung tragen. Das gilt übrigens auch für die Linken. Jetzt ist das ein sinnloses Postulat gewesen, das die Bildungsdirektion beschäftigt hat. Denken Sie bitte nächstes Mal zuerst darüber nach und unterlassen Sie solche sinnlosen Postulate. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Nur ungern sage ich etwas zu einem zurückgezogenen Postulat, das immerhin die Verwaltung doch da und dort beschäftigt hat. Als Vorbemerkung: Den Begriff «Chancengleichheit», glaube ich, müssen wir ins Land der Utopien verweisen. Wenn, dann reden wir von Chancengerechtigkeit, und die Chancengerechtigkeit besteht in Zürich auch bei Mensabesuch. Veränderte Bedürfnisse und Anforderungen an die Verpflegung haben Mensabetreiber in der Vergangenheit aufgenommen und umgesetzt. Bei einigen Mensen flossen die neuen Anforderungen nicht in die Verkaufspreise ein. Die Anpassung der Preise auf ein durch die Qualitätserweiterung sowie wirtschaftlich begründetes Niveau erfolgte bei zwei Betreibern 2019 und 2020. Beide Anbieter sehen für die geforderten Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards eine ähnliche Preissetzung vor. Damit wird die im Postulat geforderte Harmonisierung erreicht. In der Legislaturperiode 15 bis 19 setzte sich der Regierungsrat das Ziel, unter anderem einen Massnahmenplan zur Verminderung der Treibhausgase festzusetzen. Dieser wurde unter der Federführung des Amtes für Abfall, Wasser, Energie

und Luft der Baudirektion in einer direktions- und ämterübergreifenden Zusammenarbeit erstellt. Stellen der Kantonsverwaltung, einzelne Verbände und direktbetroffene Betriebe haben die Massnahmenpläne konsultiert. Am 26. September 2018 beschloss der Regierungsrat zuhanden der Baudirektion die Festsetzung des Massnahmenplans Verminderung der Treibhausgase. Dieser sieht neben bereits bestehenden Aktivitäten verschiedene neue Massnahmen vor, dazu gehört die Reduktion der Klimawirkung des Speisenangebotes in den Verpflegungsbetrieben des Kantons Zürich. Diese Massnahme verpflichtet die vom Kanton betriebenen oder beauftragten Mensen, die jeweils mindestens drei verschiedene Menüs anbieten, bis ins Jahr 2025 die durchschnittlichen Treibhausgas-Emissionen pro konsumiertem Menü in ihrem Betrieb um 20 Prozent zu reduzieren. Das Ziel der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen pro konsumiertem Menü soll in den Mensen der Sekundarstufe II beispielsweise durch das Angebot regionaler und saisonaler Produkte, durch den erhöhten Anteil an Bioprodukten, durch die Verringerung von Food Waste, durch weniger Fleischkonsum sowie den reduzierten Einsatz von Einweggeschirr erreicht werden. Mit besonderen Aktionstagen, wie Klimatagen und Fleischlos-Tagen, fördern Mensabetreiber gesunde und nachhaltige Verpflegungsangebote.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die angestrebte Harmonisierung der Preise wurde bereits erzielt. Die Umsetzung der Massnahmen AR₅ führt zu einheitlichen Standards, die eine nachhaltige und ökologische Verpflegung in den Mensen der Sekundarstufe II fördern. Aus diesen Gründen beantragen wir, das Postulat abzulehnen, und ich glaube, die Anerkennung für die Mensabetriebe sollte von Ihrer Seite eigentlich sicher sein.

Ratspräsident Benno Scherrer: Das Postulat wurde zurückgezogen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Geschäft ist erledigt.